

Die Mittelstandsvereinigung der CDU will „Option für den Bau neuer Kernkraftwerke“ offenhalten. Gleichzeitig übt sie heftige Kritik an der Kanzlerin.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Als hätte Angela Merkel mit dem Atom nicht schon Ärger genug: Einen Tag nach dem Gipfeltreffen mit den Energiebossen, bei dem der Streit um Laufzeitverlängerung und Brennelementesteuer nicht beigelegt werden konnte, meldete sich gestern die Mittelstandsvereinigung der Union mit einer Forderung zu Wort, die derzeit nicht einmal die Stromkonzerne vertreten: „Wir sind ganz eindeutig dafür, auch die Option für den Bau neuer Atomkraftwerke offenzuhalten“, so der MIT-Vorsitzende Josef Schlarman.

Ausweichend reagierte Schlarman auf die Frage, wo denn neue Atommeiler errichtet werden könnten. Es sei möglich, sagte der 70-jährige Politiker, dass es wegen Proteste gar nicht zum Bau solcher Anlagen komme. Aber politisch und gesetzlich dürfe er nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Eine 40-köpfige Kommission der MIT hatte an dem „mittelstandsorientierten Energiekonzept“ gearbeitet, um es rechtzeitig zur in diesem Jahr geplanten Beschlussfassung über ein Energiekonzept der Bundesregierung vorzulegen. Kernforderung ist „ein breiter Energiemix ohne ideologische Scheuklappen“. Keine Energieart solle verteuert, keine bevorteilt werden. Mehr Marktwirtschaft müsse her, das senke die Preise. Deswegen sind die CDU-Mittelständler durchaus gegen die Stromoligopole, aber auch gegen die Förderung der Solarenergie.

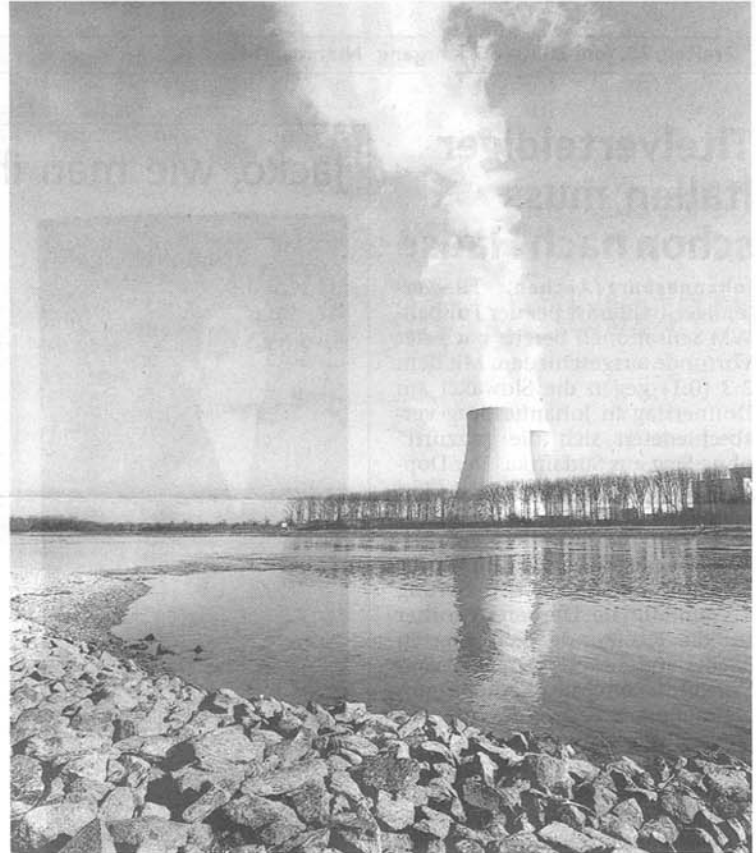
Gegen Brennelementesteuer

Bei der Laufzeitverlängerung sprach sich Schlarman für einen Zeitraum von 28 Jahren aus und nahm damit eine Maximalposition ein; sein Parteifreund, Umweltminister Norbert Röttgen, zum Beispiel peilt eine Verlängerung um nur acht Jahre an.

Die geplante Brennelementesteuer dürfe es nur geben, wenn tatsächlich gleichzeitig die Laufzeiten der Atomanlagen verlängert würden, verlangte Schlar-

man. Sonst widerspreche sie dem mit der Energiewirtschaft im Jahr 2000 vereinbarten Atomkonsens. Der CDU-Politiker stärkte damit die Rechtsauffassung der Konzerne, die schon mit Klagen drohen. Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) hingegen wollen die Brennelementesteuer unabhängig von einer Laufzeitverlängerung eintreiben. Der MIT-Vorsitzende mokierte sich auch über die Berechnung der Steuer. Offenbar solle diese an der Zahl der Brennstäbe orientiert werden. Das erinnere an die mittelalterliche Steuer, bei der die Zahl der Fenster eines Hauses entscheidend, wie viel der Besitzer abzuführen hatte.

Ein kritisches Wort gegenüber seiner Parteichefin hatte der Mittelständler auch wegen der energiepolitischen Vielstimmigkeit der CDU parat, ungeachtet der Tatsache, dass er mit seinem Konzept gerade selbst dazu beitrug. „Man kann eben“, lästerte Schlarman in Richtung Merkel, „eine Volkspartei nicht ohne klare Konzepte führen“.



Neue Atomkraftwerke in Deutschland. Die CDU-Mittelstandsvereinigung kann sich das durchaus vorstellen. Foto: dpa

VIER FRAGEN AN

„Jede Energie muss wirtschaftlich sein“



► DIETER BISCHOFF

Der Aachener ist Vorsitzender der Kommission Umwelt und Energie der MIT

Herr Bischoff, Sie plädieren für den Bau neuer Atomkraftwerke.

Bischoff: Nein, wir plädieren nicht für den Neubau, wir wollen uns lediglich die Option für den Bau weiterer Kernkraftwerke offenhalten. Aber nur dann, wenn sie auch wirklich sicher und wirtschaftlich sind.

Ist ein Neubau angesichts der ungeklärten Entsorgungsfrage überhaupt zu verantworten?

Bischoff: Die offenen Entsor-

gungsfragen müssen wir schnellstens klären. Schlimm ist deshalb das im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verhängte Moratorium zur Erforschung des Standorts Gorleben als mögliches Atommüllendlager. Es hat die Klärung der Entsorgungsfrage um acht Jahre verzögert, ohne dass an den wichtigen Fragen der sicheren Endlagerung weiter geforscht werden konnte. Gorleben ist zu einem Technologie-Freizeitpark mutiert, der uns jährlich 20 Millionen Euro Unterhalt kostet.

Blockieren Sie mit dem Bau von neuen Atomkraftwerken nicht den Umstieg auf regenerative Energien?

Bischoff: Überhaupt nicht. Wir wollen den Einsatz regenerativer Energien fördern. Wir sagen aber

gleichzeitig: Jede Energieform muss für sich allein genommen wirtschaftlich sein. Subventionen darf es allenfalls als Anschubfinanzierung mit klaren Verfallsdaten geben.

Wie wollen Sie denn diesen Ausbau forcieren?

Bischoff: Bei der Photovoltaik und der Windkraft müssen wir dafür sorgen, dass sie nicht länger reine Ergänzungsenergien bleiben. Beide Energieformen müssen grundlastfähig und speicherbar werden. Das heißt: Die Energien müssen so bevorratet werden können, dass der Verbraucher sie dann abrufen kann, wenn er sie braucht. Dazu sind bessere Netze, aber auch bessere Technologien beim Verbraucher notwendig. **Joachim Zinsen**